

Max-Planck-Institut
für demografische Forschung



Rostocker Zentrum zur Erforschung
des Demografischen Wandels

EDITORIAL

Familie, Bildung und Geld

Dies sind drei Aspekte des Lebens, die bei den meisten Menschen einen hohen Stellenwert haben, und die, wie diese Ausgabe von *Demografischer Forschung Aus Erster Hand* zeigt, auch inhaltlich zusammenhängen.

In der Familie liegt für jeden Menschen der Ursprung seines Lebens. Jeder oder jede hat eine Mutter und einen Vater, auch wenn diese nicht zusammenleben oder durch Stiefeltern ersetzt sind. Allerdings hat die Familienform, wie im Beitrag von Michaela Kreyenfeld beschrieben, eine wichtige Auswirkung auf die Lebensbedingungen des Nachwuchses. Kinder, die mit zwei Elternteilen zusammenleben, haben in den meisten Ländern eine bessere ökonomische Situation und starten wohl auch unter besseren Bedingungen ins Leben. Interessant ist, dass es in manchen Ländern keinen Unterschied macht, ob beide Elternteile auch die leiblichen Eltern sind, in andern Gesellschaften dagegen schon.

Recht früh im Leben kommt zum Einfluss der Eltern der der Bildung hinzu. Art und Länge der Ausbildung prägen nicht nur entscheidend die praktischen Fähigkeiten zu lesen, zu schreiben und zu rechnen. Sie beeinflussen auch die Problemlösungskompetenz und generell die Art, wie man das Leben plant und bewältigt. Die Unterschiede zwischen Menschen mit viel und wenig Bildung sind in den Entwicklungsländern besonders deutlich ausgeprägt. Besser gebildete Frauen haben in der Regel eine wesentlich niedrigere Kindersterblichkeit und auch eine deutlich geringere Zahl an Geburten. Darum hat die Bildung der Frauen eine zentrale Bedeutung für die weitere Entwicklung der Weltbevölkerung. Der nebenstehende Beitrag macht deutlich, dass Investitionen in Basisbildung ein Schlüssel zur Eindämmung des raschen Weltbevölkerungswachstums sind – neben vielen anderen positiven Konsequenzen.

Mehr Bildung führt in der Regel auch zu höherem Einkommen. Für das verdiente Geld braucht man den Service von Banken und Sparkassen. Doris Neuberger zeigt in ihrem Beitrag, dass eine geringere Bevölkerungsdichte in manchen Teilen Deutschlands nicht zu einer Reduktion der Bankenpräsenz führt.

Wolfgang Lutz

Wachstum der Weltbevölkerung: Bildung der Frauen entscheidend Unterschied von einer Milliarde Menschen bis 2050 möglich

Je nach künftigem Bildungslevel der Frauen könnten im Jahr 2050 auf der Erde entweder nur 8,9 Milliarden oder bis zu 10 Milliarden Menschen leben. Das ergaben neue Prognosen von Wiener Demografen, die berücksichtigen, dass die Geburtenraten der Frauen fast überall auf der Welt mit steigendem Bildungsstand deutlich fallen.

Die Prognoseergebnisse für verschiedene mögliche Bildungsszenarien unterschieden sich damit um mehr als die heutige Einwohnerzahl ganz Afrikas oder um dreimal so viel wie die der USA, schreiben Wolfgang Lutz vom Vienna Institute of Demography und Samir KC vom International Institute for Applied System Analysis in einer aktuellen Veröffentlichung im Wissenschaftsjournal Science.

Die Forscher hatten die Weltbevölkerung für vier Bildungsvarianten bis zum Jahr 2050 vorausgerechnet (siehe Abb. 1): Im ambitioniertesten, dem sogenannten FT-Szenario (Fast Track) nahmen sie an, dass alle Länder

ihre Schulsysteme so rapide ausbauen wie zuletzt die am meisten fortgeschrittenen Regionen der Welt. Diese Version führt zu 8885 Millionen Menschen im Jahr 2050, nur etwas weniger als das moderater optimistische GET-Szenario (Global Education Trend) mit einem Ergebnis von 8954. In der GET-Version bauen die Länder ihr Schulsystem so stark aus wie bereits etwas weiter fortgeschrittene Nationen vor ihnen.

Weit mehr Menschen ergeben die pessimistischeren Szenarien CER und CEN (9728 und 9977 Millionen): In der CER-Variante (Constant Enrolement Rate) wird der Anteil der Kinder in den verschiedenen Schulstufen ohne Steigerung als konstant angenommen, im CEN-Szenario (Constant Enrolement Numbers) lediglich noch die absolute Zahl der Schüler. Es würden also trotz wachsender Bevölkerung keine neuen Schulen gebaut.

Der Bildungseffekt auf das Bevölkerungswachstum ist besonders stark in weniger entwickelten Ländern, in denen die Zahl der Kinder pro Frau noch wesentlich höher ist als in den modernen Industrienationen.

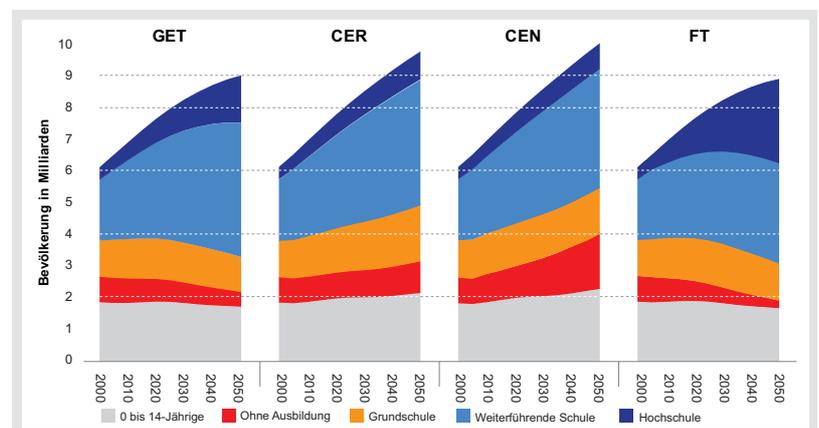


Abb. 1: Prognose der Weltbevölkerung nach höchstem Bildungsabschluss für verschiedene Ausbildungsvarianten (Erklärung siehe Haupttext): GET – Global Education Trend, CER – Constant Enrolement Rate, CEN – Constant Enrolement Numbers, FT – Fast Track (Quelle für Basisjahr 2000: Vereinte Nationen).



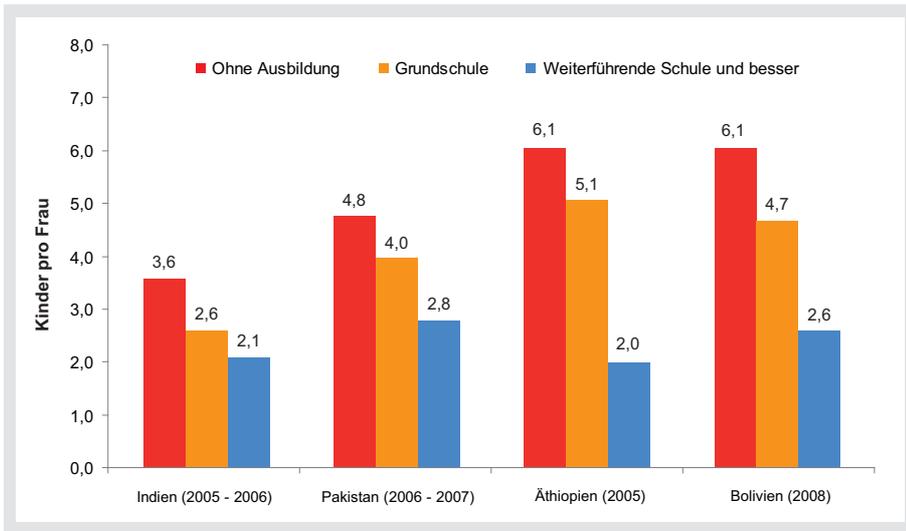


Abb. 2: Geburtenraten nach höchstem Bildungsabschluss der Frauen für ausgewählte Länder; in Klammern: Erhebungsperiode (Quelle: Demographic and Health Surveys, www.measuredhs.com).

Diese haben den sogenannten demografischen Übergang, in dessen Verlauf die Sterbe- und Geburtenraten rapide fallen, bereits hinter sich und die Frauen bekommen dort heute durchschnittlich meist weniger als zwei Kinder.

Wie sehr die Geburtenrate mit der Bildung der Frauen variieren kann, zeigt das Beispiel Äthiopiens, das noch am Beginn seines demografischen Übergangs steht (siehe Abb. 2): Äthiopierinnen, die nie eine Schule besucht haben, bekamen im Jahr 2005 durchschnittlich 6,1 Kinder. Haben sie eine höhere Schulbildung, sinkt die Ziffer auf 5,1. Deutliche Unterschiede gibt es auch im bereits weiter entwickelten Bevölkerungsgiganten Indien: Die Geburtenrate für Frauen ohne Schulbildung liegt bei etwa 3,6, für Inderinnen mit höherer Ausbildung aber nur noch bei 2,1.

Dass gebildete Frauen weniger Kinder bekommen, hat mehrere Gründe: Sie sehen ihre Kinderzahl weniger als schicksalhaft gegeben an und wünschen sich von vornherein weniger Nachwuchs als

schlechter gebildete Frauen, denn sie bewerten die Lebensqualität der Kinder, wie etwa ausreichende Ernährung und medizinische Versorgung, höher als ihre Anzahl. Zudem wissen sie besser über Verhütungsmethoden Bescheid. Mit der Bildung steigen außerdem die sogenannten Opportunitätskosten des Kinderkriegens: Mit besserer Ausbildung nutzen Frauen zunehmend mehr Optionen, ihr Leben jenseits der Mutterschaft zu gestalten, etwa indem sie selbst Geld für die Familie verdienen.

Höhere Bildung führt nicht nur zu niedrigeren Geburtenraten, sondern auch zu geringerer Sterblichkeit, besserer Gesundheit und einem veränderten Migrationsverhalten. Während all diese Effekte relevant für die Entwicklung der künftigen Demografie sind, ist die Auswirkung der Geburtenraten auf das Bevölkerungswachstum bei Weitem am stärksten. Die Demografen aus Österreich erweiterten darum das Standard-Prognosemodell um den Einfluss der Bildung: Ihre sogenannte Multi-State Methode berücksichtigt für jeden Bevölkerungsjahrgang den

höchsten im Leben erreichten Bildungsstand, und legt den Vorausberechnungen die bildungsabhängigen Geburtenraten der Frauen zugrunde.

Im Ergebnis lässt sich aus solchen Projektionen nicht nur die Alters-, sondern auch die künftige Bildungsstruktur der Bevölkerung ablesen. Wie stark sie sich verändern kann, zeigt China (siehe Abb. 3). Die Volksrepublik ist nicht nur das größte Land der Welt, sondern hat in den letzten Jahrzehnten auch eine rasante Bildungsexpansion erlebt. Wie die Bevölkerungspyramide des Jahres 2000 zeigt, sind die jungen Chinesen schon heute wesentlich besser ausgebildet als ihre Eltern: Während unter den 20 bis 24-Jährigen nur noch bei knapp drei Prozent quasi keine Chinesen ohne Schulbildung mehr. Stattdessen wird über die Hälfte (57 Prozent) sogar bereits einen Hochschulabschluss haben. Unter den im Jahr 2000 20 bis 24-Jährigen erreichten dies nur acht Prozent.

Investitionen in die Bildung der Frauen gelten inzwischen als effektiver Weg, um das Bevölkerungswachstum der Welt einzuschränken. Auch deshalb hat Bildungspolitik neben klassischen Programmen zur Familienplanung in weniger entwickelten Ländern höchste Dringlichkeit. Dabei zeigt ein Blick auf die Eigendynamik, mit der sich die Bevölkerungsstruktur verändert (Abb. 3), dass die künftige Ausbildung der Mütter und damit auch ihr Einfluss auf das Bevölkerungswachstum bereits heute durch Schul- und Bildungspolitik festgelegt wird.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner:
Wolfgang Lutz

Literatur:

Lutz, W. and K.C. Samir: Global human capital: integrating education and population. Science 333(2011)6042: 587-592.

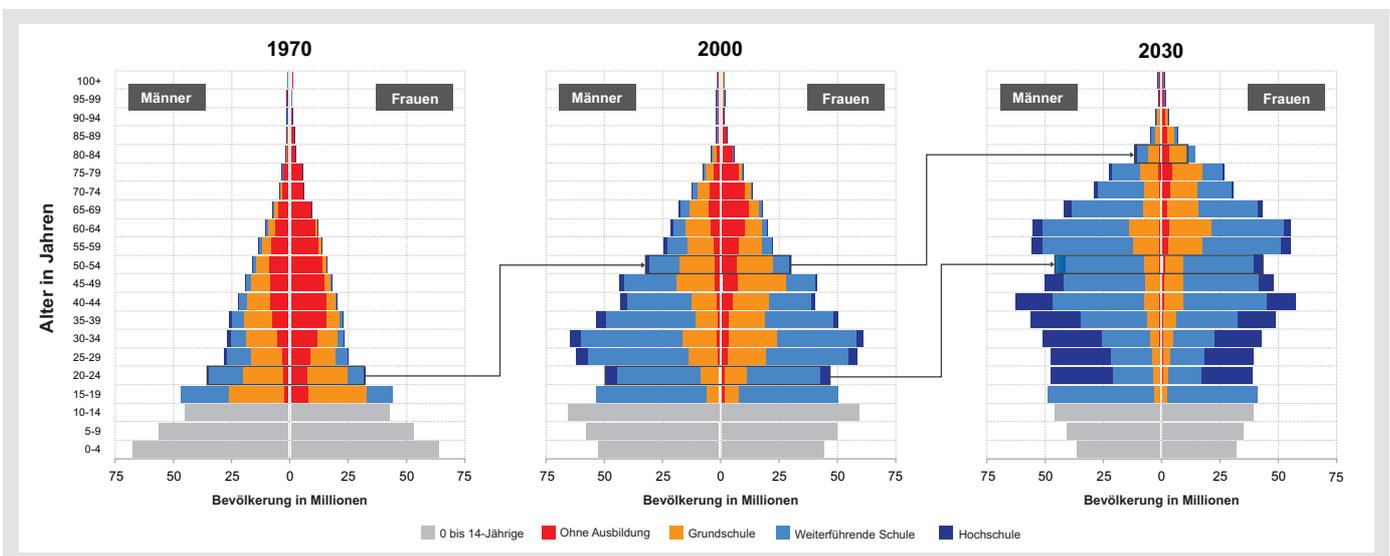


Abb. 3: Veränderung der Bevölkerungsstruktur Chinas nach Alter und höchstem Bildungsabschluss. Prognose für 2030 nach Fast Track-Szenario mit rapider Bildungsexpansion.

Stieffamilien haben wirtschaftlich das Nachsehen

Benachteiligung in Frankreich und Westdeutschland, nicht aber im Osten

In Frankreich und Westdeutschland kommen Stieffamilien weniger gut über die Runden als Eltern mit ausschließlich gemeinsamen Kindern. In Ostdeutschland und der Russischen Föderation gibt es aber keinen Unterschied. In Frankreich lässt sich die Benachteiligung der Stieffamilien mit deren größerer Kinderzahl erklären, für Westdeutschland könnte das ehemalige Unterhaltsrecht ein Grund sein.

Wie eine neue Studie von Wissenschaftlerinnen des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung (MPIDR) in Rostock und des Deutschen Jugendinstituts ergab, liegt der Anteil von Stieffamilien in Westdeutschland bei 13 und im Osten bei 18 Prozent (siehe Abb. 1). Die hohe Verbreitung in Ostdeutschland war zu erwarten, da es dort im Vergleich zum Westen mehr Alleinerziehende und mehr Paare in nichtehelichen Lebensgemeinschaften gibt, die sich häufiger trennen als Verheiratete. In den alten Bundesländern hatten die Forscherinnen aber wesentlich weniger Stieffamilien erwartet, da die Familienvorstellungen dort bisher als eher traditionell galten. Erhebungen um die Jahrtausendwende hatten zuletzt einen Anteil von nur etwa fünf Prozent im Westen ergeben.

Verlässliche amtliche Zahlen zu Stieffamilien liegen in Deutschland auf absehbare Zeit nicht vor, da sie weder im Mikrozensus, der großen amtlichen Haushaltsbefragung, noch im aktuellen Zensus ausreichend genau erfasst werden. Die Autorinnen der Studie nutzten darum Daten der Forschungserhebung „Generations and Gender Survey“ (GGS) aus den Jahren 2004 und 2005 für Frankreich, Deutschland und die Russische Föderation. Unter den etwa 10.000 befragten Familien galten Paare, die nur mit gemeinsamen Kindern zusammenlebten, als „Kernfamilien“. In „Stieffamilien“ musste mindestens ein Kind aus einer früheren Partnerschaft mit im Haushalt leben. Ob die Paare verheiratet waren, spielte keine Rolle.

Eigenen Aussagen zufolge haben westdeutsche Familien demnach generell die wenigsten ökonomischen Probleme (siehe Abb. 2). Die Kernfamilien gaben dort sogar an, durchschnittlich „relativ gut“ über die Runden zu kommen. Gleichzeitig ist das Gefälle zur schlechteren Situation der Stieffamilien mit zehn Prozent Rückstand nirgendwo so groß wie in Westdeutschland. In Frankreich stehen Stieffamilien nur um knapp sechs Prozent schlechter da als Kernfamilien, in Ostdeutschland und der Russischen Föderation waren beide Familientypen gleichauf. Alleinerziehende sind überall deutlich im Nachteil.

Wieso bleiben in Frankreich und Westdeutschland die Stief- hinter den Kernfamilien zurück? In Frankreich geben sozio-ökonomische Unterschiede

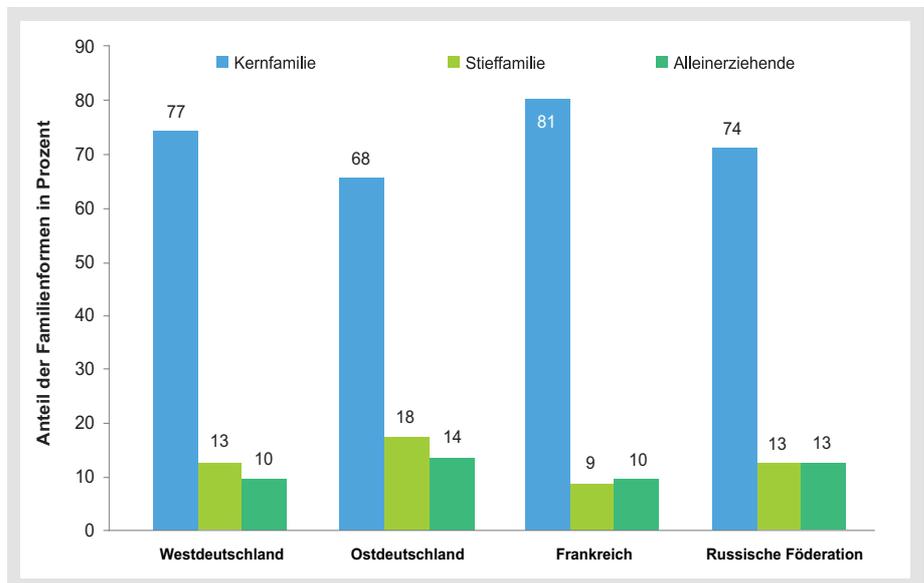


Abb. 1: Anteil der Familienformen nach Typ (gerundete Werte, Quelle: Generations and Gender Survey 2004/2005).

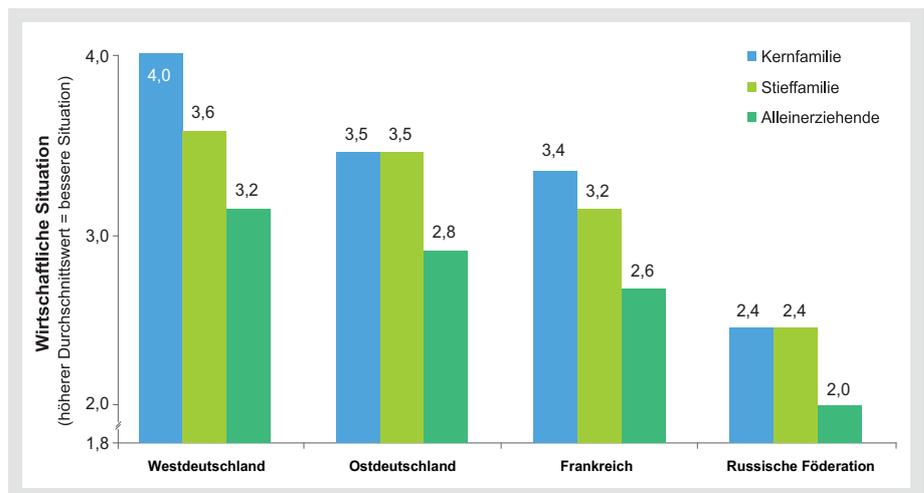


Abb. 2: Durchschnittliche Werte nach Selbsteinschätzung auf die Frage „Wie gut kommt Ihre Familie mit ihrem Gesamteinkommen zurecht?“ mit den Antwortmöglichkeiten: 1: mit großen Schwierigkeiten, 2: mit Schwierigkeiten, 3: mit kleineren Schwierigkeiten, 4: relativ gut, 5: gut, 6: sehr gut (Quelle: Generations and Gender Survey 2004/2005).

der Familientypen den Ausschlag: Vor allem weil Stieffamilien dort deutlich mehr Kinder als Kernfamilien versorgen (durchschnittlich 3,19 im Vergleich zu 2,23 Kindern), geht es ihnen wirtschaftlich schlechter. In Westdeutschland hingegen sind weder die verschiedenen Familiengrößen (Stieffamilien im Schnitt mit 2,25 und Kernfamilien mit 2,01 Kindern), noch andere sozio-ökonomische Faktoren wie Bildung oder Arbeitslosigkeit für die Benachteiligung verantwortlich.

Entscheidend könnten dort die 2005 noch großzügigen Unterhaltszahlungen gewesen sein: Vor allem männliche Partner mussten nach der Trennung nachehelichen Unterhalt zahlen, und hatten so weniger Geld für ihre neuen Familien. Dafür spräche, dass im Osten, wo Stief- und

Kernfamilien gleich gut zurecht kommen, nacheheliche Unterhaltszahlungen nie eine große Rolle gespielt haben. Ob die ökonomischen Unterschiede in Westdeutschland auch nach der jüngsten Reform des Unterhaltsrechts bestehen bleiben, wird eine wichtige Frage künftiger Forschung sein.

Wissenschaftliche Ansprechpartnerin:
Michaela Kreyenfeld

Literatur:

Kreyenfeld, M. and V. Martin: Economic conditions of stepfamilies from a cross-national perspective. Zeitschrift für Familienforschung 23(2011)2: 128-153.

Je weniger Einwohner, desto mehr Bankfilialen pro Person

Auch dünn besiedelte Gebiete durch Sparkassen und Genossenschaftsbanken versorgt

Je weniger dicht ein Kreis in Deutschland besiedelt ist, desto höher ist die durchschnittliche Zahl an Bankfilialen pro 100.000 Einwohner. Dieses Ergebnis einer Rostocker Studie widerspricht damit der Vorstellung, dünner bevölkerte Landstriche seien durch Banken unterversorgt. Insbesondere Sparkassen und Genossenschaftsbanken halten auch in ländlichen Regionen ein hohes Angebot aufrecht.

Die Autoren der Studie von der Universität Rostock untersuchten zum ersten Mal die Versorgung mit Bankdienstleistungen auf Kreisebene. Sie teilten die knapp 440 deutschen Kreise in die drei Typen dichter, mittlerer und ländlicher (dünnere) Besiedlung auf, und errechneten für sie die Zahl der Niederlassungen pro 100.000 Einwohner (demografische Filialdichte) für das Jahr 2003: Während sie in den dicht besiedelten Gebieten bei 54 lag, kamen der mittleren Typus auf 72 und die ländlichen Regionen sogar auf 76. Zwar wurden überall Geschäftsstellen geschlossen. Jedoch erwies sich dies nicht als ein Trend, der besonders auf dünn besiedelte Regionen zutrifft – im Gegenteil: Dort ging die demografische Filialdichte von 2001 auf 2003 mit einem Minus von 8,5 Prozent am wenigsten stark zurück (ganz Deutschland: -9,7 Prozent).

Die drei Bankengruppen – Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Privatbanken –, die auch als die drei Säulen des deutschen Bankensystems bezeichnet werden, engagieren sich je nach Besiedlungstyp des Kreises unterschiedlich stark. Tendenziell halten jedoch alle Gruppen mehr Geschäftsstellen pro Einwohner in dünner bevölkerten Gebieten (siehe Grafik). Das Gros der Filialen haben unabhängig

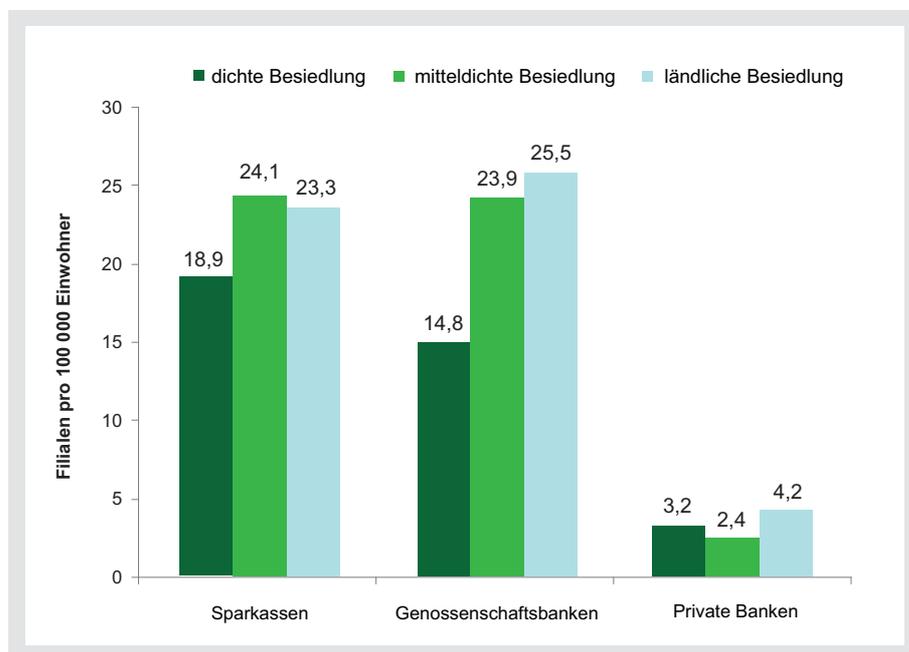


Abb. 1: Bankfilialen pro 100.000 Einwohner nach Besiedlungstyp deutscher Kreise im Jahr 2003; ohne Postbankstellen, darum niedrige Zahl bei privaten Banken (Quelle: Deutsche Bundesbank, BBR, eigene Berechnungen).

von der Besiedlungsdichte die Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Diese beiden Säulen halten damit das Bankwesen auch in schwach bewohnten Gebieten substantiell aufrecht: Gemeinsam stellten sie auf dem Land 2003 zwölf mal so viele Niederlassungen pro Einwohner wie die Privatbanken.

Filial-Ausbau oder -Rückzug der Banken in einer Region muss nicht nur an der dortigen Bevölkerungsdichte liegen. Die Gebiete sind auch unterschiedlich attraktiv für die Finanzdienstleister, weil sich deren Wohlstand unterscheidet. Nachdem die Rostocker Wissenschaftler dessen Einfluss statistisch herausgerechnet hatten, zeigte sich deutlich: Im Durchschnitt aller Kreise nimmt die Zahl der Filialen von Sparkassen oder Genossenschaftsbanken pro Einwohner tatsächlich immer weiter zu, je dünner ein Gebiet besiedelt ist (für die schwach vertretenen Privatbanken lagen keine ausreichenden Daten vor).

Dies scheint dem Fakt zu widersprechen, dass die Zahl der Filialen pro Quadratkilometer sinkt, wo die Bevölkerungsdichte abnimmt. Die Banken ziehen sich in schrumpfenden Regionen tatsächlich aus der Fläche zurück. So kamen 2003 im einwohnerstärkeren Westen Deutschlands 160 Bankfilialen auf Tausend Quadratkilometer, im dünner besiedelten Osten nur etwa 60.

Die Banken reduzieren ihre Präsenz jedoch weniger stark, als die Bevölkerung schrumpft. Im Ergebnis bleiben mehr Filialen pro Mensch. Berücksichtigt man, dass in den neuen Bundesländern weniger Menschen wohnen als im Westen, sind beide fast gleichauf: Die demografischen Filialdichten lagen bei 60 (West) zu 50 (Ost) Geschäftsstellen. Im

Vergleich der Kreise für ganz Deutschland liegen die dünn besiedelten sogar vorn.

Die Versorgung durch Sparkassen und Genossenschaftsbanken wird nicht nur mit abnehmender Bevölkerungsdichte besser, sondern auch mit dem Anteil älterer Einwohner: In Kreisen mit mehr Menschen im Alter über 74 Jahren haben sie mehr Filialen als in „jüngeren“ Gebieten. Sie unterstützen damit eine Kundengruppe, die verstärkt persönlichen Kontakt und Beratung braucht. Sparkassen zeigen dabei eine höhere Spezialisierung auf „ältere“ Regionen als Genossenschaftsbanken.

Stärker sind die Sparkassen auch dort, wo die Menschen ärmer sind. Der Marktanteil der Genossenschaftsbanken nimmt mit sinkendem Wohlstand der Kunden spürbar ab, der der Sparkassen hingegen zu. Auf Länderebene liegt die Bundesrepublik mit einer demografischen Filialdichte von 48 im Jahr 2009 knapp über dem Länderdurchschnitt der EU 27 von 46. Die Bankenkrise hat keinen merklichen Einfluss auf die Entwicklung der Bankstellendichte gehabt. Ein abnehmender Trend ist in allen europäischen Ländern bereits vorher zu beobachten.

Wissenschaftliche Ansprechpartner:
Doris Neuberger
Alexander Conrad

Literatur:

Conrad, A., D. Neuberger and M. Schneider-Reißig: Geographic and demographic bank outreach: evidence from Germany's three-pillar banking system. Kredit und Kapital 42(2009)3: 377–411.

IMPRESSUM

Herausgeber: James W. Vaupel, Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Rostock, in Kooperation mit Wolfgang Lutz, Vienna Institute of Demography/Austrian Academy of Sciences, und Gabriele Doblhammer, Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels
ISSN: 1613-5822

Verantwortliche Redakteurin: Gabriele Doblhammer (V.i.S.d.P.)

Redaktionsleitung: Björn Schwentker

Wissenschaftliche Beratung: Roland Rau, Nadja Milewski

Technische Leitung: Silvia Leek

Layout: Michael Schultz

Druck: Stadtdruckerei Weidner GmbH, 18069 Rostock

Anschrift: Max-Planck-Institut für demografische Forschung

Konrad-Zuse-Str. 1, 18057 Rostock, Deutschland

Telefon: (+49) 381/2081-143 **Telefax:** (+49) 381/2081-443

E-Mail: redaktion@demografische-forschung.org

Web: www.demografische-forschung.org

Erscheinungsjahr: viermal jährlich

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht notwendigerweise die Meinung der Herausgeber oder der Redaktion wieder. Der Abdruck von Artikeln, Auszügen und Grafiken ist nur bei Nennung der Quelle erlaubt. Um Zusendung von Belegexemplaren wird gebeten.



Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V.

Kontakt: doris.neuberger@uni-rostock.de